Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Umsturzvorlage : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Zur Umsturzvorlage

(Schluß)

Die besondre Bedeutung der Umsturzvorlage besteht darin, daß sie, nicht der Meinung der Regierung entsprechend, sondern der Meinung der großen Unternehmer nach, dem Koalitionsrecht der Arbeiter den Garaus machen soll. Wie die herrschenden Klassen darauf hinarbeiten, ist schon in den Laienbetrachtungen über unsre Strafrechtspflege gezeigt worden. Viele Zeitungen haben diese Aufsätze, nachdem sie in einer Sonderausgabe erschienen waren, besprochen, aber die meisten haben eben nur lobend oder tadelnd kritisirt, was darin über einzelne Fehler unsrer Strafrechtspflege gesagt wird, den Kerngedanken der Schrift jedoch nicht anzugeben gewagt. Dieser Kerngedanke lautet: zwischen der thatsächlichen und der rechtlichen Stellung unsrer Lohnarbeiter besteht ein klaffender Widerspruch; der Verfassung nach sind sie den Herrschenden gleichberechtigte Staatsbürger, thatsächlich sind sie deren Knechte, und soweit sie das noch nicht sind, sucht man sie durch polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln dazu zu machen. Der Verfassung nach gilt gleiches Recht für alle, thatsächlich haben die Lohnarbeiter ihr besondres, ein schlechteres Recht, stellenweise auch gar kein Recht. Dieser klaffende Widerspruch zwischen dem Geiste, aus dem unser Recht hervorgegangen ist, und dem Geiste, in dem es angewendet wird, bringt eine Menge Anwendungen des Strafgesetzes und Unterlassungen hervor, die den Eindruck von Rechtsverletzungen machen. Eben weil die herrschenden Klassen das größte Interesse daran haben, dieses Bild der Wirklichkeit zu verschleiern, mußte es mit möglichst kräftigen Strichen gezeichnet werden, und so ist es vielleicht ein wenig übertrieben ausgefallen. Hinter dem Zustande aber, der sich nach Annahme der Vorlage ergeben würde, bleibt es noch weit zurück. Während höchst wahrscheinlich auch dann noch die Agrarier unangefochten bleiben werden,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wenn sie in ihren Versammlungen die gröbsten Vorwürfe gegen die Regierung schleudern werden, weil diese auch beim besten Willen kaum imstande sein wird, Wunder zu wirken und höhere Getreidepreise zu erzwingen, als sie die Natur der Dinge mit sich bringt, wird jede Klage der Armen, die wirklich Not leiden, z. B. die Klage von Kleinbauern, denen durch Zwangsablösung ihrer Forstrechte der Boden ihrer wirtschaftlichen Existenz entzogen wird, als Aufhetzung bestraft werden, und während es den Leuten, die über 90000 Mark Einnahme haben, nach wie vor unbenommen bleiben wird, sich zur Erhöhung ihrer Renten und Dividenden zu koaliren, wird jeder Versuch der Menschen, die weniger als 900 Mark einnehmen, sich zur Erhöhung ihres Lohnes, ja auch nur zu einiger Sicherung ihrer Existenz zu verbünden, als Aufruhr unterdrückt werden. Sehr viel wird freilich auf den Charakter der Richter ankommen. Bleiben sie der Mehrzahl nach pflichtgetreue Männer, so wird zwar der gegenwärtige Zustand, der schon schlimm genug ist, noch verschlimmert, aber die Arbeiterbewegung wird damit noch nicht totgemacht werden. Gelingt es aber der Regierung, durch Beförderung strebsamer Assessoren und Zusammensetzung der Gerichtshöfe den in politischen und Arbeiterprozessen thätigen Richtern den erforderlichen „politischen Instinkt" einzuflößen, dann wird es ein leichtes sein, alle Organisationen der Arbeiter zu zerstören, ihre Presse zu unterdrücken und jede mündliche Aussprache in öffentlichen Versammlungen zu verhindern. Jeder Lohnarbeiter ist dann ohne gesetzlichen und ohne thatsächlichen Schutz seinem Brotherrn auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Gegenwärtig wird in öffentlichen Versammlungen der Fachvereine über die Zustände in den verschiedenen Fabriken und Werkstätten berichtet. Man vernimmt da u. a., wie Fabrikbesitzer A sich täglich das Vergnügen bereitet, beim Waschen und Umkleiden seiner Arbeiterinnen eine Fleischbeschau vorzunehmen, wie in der Fabrik von B der Werkführer die Arbeiterinnen mißbraucht, wie in der von C die jungen Arbeiter gezwungen werden, die Hälfte ihres Lohnes in der Kantine des Werkmeisters zu vertrinken, wie die Arbeiter von D ihr Mittagsmahl bei jedem Wetter im Freien und noch dazu unter stinkenden Haufen schmutziger Materialien einnehmen müssen, in was für Löchern der Bäcker E seine Leute schlafen läßt, wie bei F die Abtritte beschaffen sind u. s. w. Alle diese Dinge müssen buchstäblich wahr sein, denn der Vorwärts berichtet darüber mit Nennung der Namen und wird fast nie zu einer Berichtigung gezwungen. Solche Berichte werden nach Annahme der Vorlage unmöglich sein; die Fabrik- und Werkstättenpaschas werden nach Belieben schalten und walten können, ohne jemals durch solche Berichte geärgert zu werden. Außer ihrem schönen Einkommen werden sie auch noch den unangreifbaren Ruhm der Frömmigkeit und Tugend genießen, und nichts wird sie hindern, sich in den Gemeindekirchenrat wählen zu lassen und dort über die Unsittlichkeit der arbeitenden Klasse zu klagen. So also liegen die Dinge. Um so dringender thut es not, das Er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gebnis zu wiederholen, zu dem die Laienbetrachtungen kamen: der gegenwärtige Zustand ist unerträglich; entweder man mache Ernst mit der Gleichberechtigung der Lohnarbeiter, oder man schaffe für sie ein besondres Hörigenrecht, aber man höre endlich einmal auf, die sittlichen Grundlagen des Staates, das Rechtsbewußtsein des Volkes, seinen gesetzlichen Sinn und sein Vertrauen zur Obrigkeit durch willkürliche und parteiische Anwendung der Gesetze zu untergraben!

Wohlgemerkt: nicht dagegen protestiren wir, daß die Knechte anders behandelt werden als die Herren, und daß diesen gestattet wird, was man jenen untersagt, sondern dagegen, daß man dies thut im Widerspruch mit dem geltenden Recht unter dem Scheine eben dieses Rechts. Wir haben gar nichts einzuwenden gegen die ewige konservative Predigt für die Wiederherstellung der natürlichen Autoritäten. Wir haben z. B. gar nichts dagegen, daß man die „grünen Jungen" unter die elterliche Autorität zurückführt, vorausgesetzt, daß der Vater diese grünen Jungen bis zu ihrem vierundzwanzigsten Lebensjahre ernährt. Wir glauben mit Aristoteles und Carlyle, daß es Menschen giebt, die zum Herrschen, und andre, die zum Dienen geboren sind; wir sind in diesem Punkte reaktionär bis auf die Knochen, und wir haben gar nichts dagegen, daß der gnädige Herr den Knecht mit dem Stocke züchtige, wenn es ein Bursche ist, dem keine edlern Teile verletzt werden können, weil er keine hat, und wenn er im übrigen kriegt, was er braucht. Nur gehen wir nicht soweit in der reaktionären Gesinnung, daß wir diese Behandlung auch dort noch billigten, wo der Staat die Knechte zwangsweise durch Schulunterricht, Sittenvorschriften und Unterweisungen aller Art auf ein höheres Niveau gehoben und mit zarterer Empfindung ausgestattet hat. Wir schätzen ferner mit Carlyle die edlern Formen der Abhängigkeit und halten das Verhältnis zwischen einem väterlichen Herrn und einem in lebenslänglicher Treue und Dankbarkeit ergebnen Diener für sittlich schöner und wirtschaftlich ersprießlicher als das heutige „nomadische Dienen um so und so viel Schilling den Tag," das durch den „freien Arbeitsvertrag" geregelt wird. Aber wiederum gehen wir nicht so weit, diese Gesellschaftsform für die alleingiltige oder für die höchste zu halten, sondern meinen nur, daß sie für die Großindustrie und den Großgrundbesitz neben den Gemeinwesen freier, gleichberechtigter Bürger- und Bauernschaften fortbestehen könnte und sollte.

Warum bestehen diese Verhältnisse nicht mehr? Nicht die Arbeiter sind schuld daran; nicht sie haben den alten Zustand zerstört durch Aufhebung der Leibeigenschaft und der Zünfte, durch Einführung des Schulzwangs und der allgemeinen Wehrpflicht, durch die Freizügigkeit, durch die Staats- und Reichsverfassung, sondern die Regierungen haben das gethan im Einvernehmen mit den herrschenden Klassen und in deren Interesse. Und wenn die alten gesetzlichen Abhängigkeitsverhältnisse nicht wieder hergestellt werden, um die wirtschaftlichen und sozialen zu legitimiren, so liegt das wiederum nicht an dem Widerstande

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der dienenden Klassen, der leicht zu brechen wäre, sondern an dem der herrschenden: „freie" Arbeiter sind billiger und bequemer als hörige. Es wäre lächerlich, wenn sich jemand einbilden wollte, unser Proletariat sei schon dermaßen mit Staatsbürgergeist durchtränkt, daß ihm Dienstbarkeit bei vernünftiger Behandlung und Existenzsicherheit unerträglich wäre. Reißen sich die Landburschen nicht um Bedienten-, Kutscher- und Hausknechtstellen? Fehlt es je an Kellnern, für die Bedientenhaftigkeit Lebensbedingung ist? Fehlt es etwa irgendwo an Ladendienern, die doch jedes dummen Jungen gehorsamste Diener spielen müssen? Nicht das Dienen fürchten die Beamten auf herrschaftlichen Gütern, sondern das Entlassenwerden. Hier ein typischer Fall des heutigen Brauches. Einem Gärtner wird gekündigt. Der Mann, der sich seiner Tüchtigkeit bewußt ist, erwidert: „Aber, gnädiger Herr, aus welchem Grunde denn?" — „Grund? Hab eigentlich keinen. Will mal andre Gesichter sehn." Sehr häufig bildet die Erwägung den Grund, daß der Herrschaft moralische Verpflichtungen erwachsen, wenn die Leute auf dem Gute alt werden, und derselbe Grund bestimmt leider auch Staatsbehörden, diätarisch beschäftigte Hilfsarbeiter auf ihren Stellen nicht warm werden zu lassen.

Ganz ebenso wie mit den Knechten und Dienern verhält es sich mit den Handwerkern und Fabrikarbeitern. Der Meister arbeitet oft nur mit Lehrjungen und stellt Gesellen nur zeitweilig ein, wenn gerade einmal ungewöhnlich viel zu thun ist. Unter den Großindustriellen giebt es einzelne wohlwollende Patriarchen, wie den Freiherrn v. Stumm, aber sie bilden nach der zuverlässigen Autorität Posts die Ausnahme. Noch weniger mögen sich Bauunternehmer und andre große Kunden binden. Nach dem Bußtage berichtete der Vorwärts, daß die Bauhandwerker im Königlichen Schloß an diesem Feiertage hätten arbeiten müssen. Dem ersten Berichte folgten noch mehrere, die sämtlich von ultramontanen und demokratischen Blättern nachgedruckt worden sind. Darnach sind die Erneuerungsarbeiten im Schloß den Sommer und Herbst hindurch mit solcher Hast betrieben worden, daß die Arbeiter meistens an Sonn- und Feiertagen haben arbeiten müssen. Nachdem der erste Vorwärtsartikel erschienen war, hat das Hofmarschallamt angeordnet, daß fürderhin an Sonn- und Festtagen nicht mehr gearbeitet werden solle, doch wurde den Arbeitern nahe gelegt, die Nacht zum Sonntage hindurch fortzuarbeiten. Diese (es handelte sich in diesem Falle um Vergolder) haben das jedoch (nach Vorwärts Nr. 282, 1. Beilage) abgelehnt, weil sie, wenn auch kein formelles, so doch ein gewisses moralisches Recht hätten, sich nach sechstägiger harter Arbeit des Sonntags ein paar Stunden der Familie, der von der Sozialdemokratie arg bedrängten, zu widmen, das sei aber nicht gut möglich, wenn man sich Sonntags morgen übermüdet ins Bett legen müsse. Nebenbei bemerkt, werden viele von diesen Arbeitern gerade jetzt, vor Weihnachten, entlassen, wo andre Arbeit nicht zu bekommen ist. Eine Herrschaft wie das Hofmarschallamt (selbstver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ständlich ist dieses als Brotherr zu betrachten), die so viel Schlösser, Güter, Gebäude, Fuhrparks, Materialien zu verwalten hat, wäre am allereheften in der Lage, die altklassische und frühmittelalterliche Oikenwirtschaft wieder herzustellen. Sie braucht jahraus jahrein eine Menge Handwerker und Arbeiter, könnte also solche lebenslänglich in Dienst nehmen. Wäre in dem einen Schlosse mehr zu thun als in dem andern, so würden auf einige Wochen Leute aus diesem in jenes geschickt, ohne daß die Familien ihren Wohnsitz zu ändern brauchten. Wäre einmal für eine Anzahl gar nichts zu thun, nun, so hätten sie eben für ein paar Wochen Ferien, ohne ihr Einkommen und ihre Stellung einzubüßen; warum sollen das Handwerker und Arbeiter nicht auch haben? Haben doch manche Lakaien das ganze Jahr Ferien. Und die Alten und Invaliden bekämen dann ein anständiges Gnadenbrot. Sozialdemokrat würde keiner dieser Handwerker werden; auf die ganze Politik würden sie pfeifen und ihr Staatsbürgerrecht mit Vergnügen in die Hände des Staates zurücklegen, um Hörige des Königs zu werden. Warum wird das nicht versucht? Warum wird auch von so großen und mächtigen Herrschaften, die Herren im alten Sinne des Wortes sein könnten, rein kapitalistisch gewirtschaftet und der Grundsatz vom „freien" Arbeitsvertrage auf die Spitze getrieben? Weils billiger und bequemer ist. Wir haben, wie schon Carlyle fand, keine Knechte mehr, weil kein Vornehmer mehr Herr sein, die Pflichten, Unbequemlichkeiten und Verantwortlichkeiten des Herrn auf sich nehmen mag.

Der Kampf gegen den Umsturz, dieses ist seine besondre Bedeutung, soll nach der Absicht einiger seiner Beförderer billige und gefügige Arbeiter, hohe Dividenden, hohe Renten sichern und die Unternehmer von den Ärgernissen, Störungen und Sorgen befreien, die ihnen aus Arbeiterbewegungen erwachsen. Und weil das nicht sehr schön klingt, darum wird der Kampf für die Dividenden als Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit bezeichnet, vor allem aber müssen die Organe der Millionärpartei sechsmal in der Woche die Backen aufblasen und die Politik ihrer Brotherren als die allein „nationale" ausposaunen.

Wir lassen jedermann Gerechtigkeit widerfahren und wollen auch gegen die Großen unsers Vaterlandes nicht ungerecht sein. Wir wissen und bekennen es, daß es nicht bloß Selbstsucht ist, was das Verhalten dieser Herren bestimmt. Wir wissen, daß viele Unternehmer zu Grunde gehen würden, wenn sie ihren Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen gewährten. Wir wissen, daß manche nur bei Hungerlöhnen und durch unmenschliche Ausnutzung von Frauen und Kindern bestehen können. Wir wissen, daß es auch bei den Großen nicht sowohl die Sucht nach größerm Reichtum und nach mehr Genüssen ist, was ihre politische Richtung bestimmt, sondern die Erwägung, daß in dem grausamen Kampfe ums Dasein, wozu unser Wirtschaftsleben geworden ist, unterliegt, wer nicht siegt, daß zurückkommt, wer nicht vorwärts kommt, und daß sie vielleicht nicht imstande sein würden, ihre gesellschaftliche Stellung zu be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

haupten und diese ihren Kindern ungeschmälert zu vererben, wenn sie nicht nach Erhöhung ihres Einkommens streben. Und das ist es ja, was wir immer sagen und immer wieder sagen: alle diese Nöte: die Not der Landwirte, die Not der Großindustriellen und Großhändler, die Not der Handwerker und Krämer, die Not der Beamten und die unendlich viel größere Not der Proletarier und deren unsägliche Leiden entspringen sämtlich aus ein und derselben Ursache: der Landknappheit. Unser Vaterland hat nicht Raum und Boden genug, 50 Millionen Menschen Erwerbsgelegenheit und eine auskömmliche Existenz zu bieten. Nur daß so viele als Schmarotzer ihr Brot finden (unnütze Zwischenhändler, Wucherer, Prostituirte, überflüssige Schenkwirte, Diener der Reklame, übrige Litteraten, Drehorgelspieler, Blumenmädchen u. s. w.) vermag noch den Schein zu erzeugen, als ob nahezu für sämtliche Erwerbsfähige Erwerbsgelegenheit vorhanden wäre. Indem nun bei gleichbleibender Bodenfläche und wachsender Volkszahl die Portion von Subsistenzmitteln, die auf den Einzelnen fällt, immer kleiner wird, wollen sich die Besitzenden in der Weise helfen, daß sie ihren Anteil ungeschmälert erhalten und womöglich noch vergrößern auf Kosten derer, die nichts oder wenig haben, und daß sie diese knebeln, damit sie nicht schreien und klagen können. Erklärlich ist eine solche Politik und bei der eben beschriebnen Lage verzeihlich, aber national ist sie nicht; nein, national ist eine Politik nicht, die unser herrliches Volk auf einen Raum von 10000 Quadratmeilen einschließen und mitten unter Riesen zum Zwerge verkrüppeln will, und die, um dem Schein dieser unpatriotischen Absicht zu entgehen, uns auf die Fiebersümpfe und Wüsten Afrikas verweist. National könnte nur eine Politik genannt werden, die die ungeheuern Leibes- und Geisteskräfte unsers großen Volkes entfesselte, jedem seiner Söhne und Töchter die Entfaltung seiner Gaben ermöglichte und eine menschenwürdige gesicherte Existenz verschaffte. Gegen die äußerste Anspannung unsrer Steuer- und Wehrkraft hätten wir nichts einzuwenden (am wenigsten gegen eine hohe Tabak- und Biersteuer; anders steht es mit der Branntweinsteuer; das Schnapsbrennen müßte verboten und dafür der schwere südliche Wein zollfrei hereingelassen und zum Nationalgetränk gemacht werden), wenn sie, anstatt vorzugsweise zur Niederhaltung des arbeitenden Volkes und zum Schutze des Reichtums der Reichen verwendet zu werden, diesem Zwecke diente und das deutsche Volk seinem großen Ziele entgegen führte. Dieses Ziel haben wir gezeigt: es gilt in Osteuropa und Westasien ein Reich aufzurichten, in dem die Herrlichkeit des alten Römerreiches wieder ersteht, aber ein Reich von edlerer Art und längerer Dauer als dieses.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG